

Wahlprüfsteine im Vorfeld der baden-württembergischen Landtagswahlen 2021: Antworten der einbezogenen Parteien

Vorbemerkungen:

- *Eingangsbestätigung von Bündnis 90/ Die Grünen erfolgt einen Tag nach Versand der Anfrage. Die Antwort selbst trifft einen Tag nach Fristvorgabe ein. In der Antwort ist folgender Zusatz enthalten: „Ich bitte Sie um Verständnis, dass die Landtagsfraktion zum jetzigen Zeitpunkt keine konkreten Aussagen zum Wahlprogramm der GRÜNEN Partei tätigen kann. Das parteiinterne Beratungsverfahren läuft gerade und die Verabschiedung des Wahlprogramms ist für Dezember geplant. Die Antworten entsprechen demnach der Einschätzung und Beurteilung der Fraktion und nicht der Partei.“*
- *Antwort der FDP / DVP liegt bereits eine Woche nach Anfrage vor.*
- *SPD bittet um eine Woche Fristverlängerung zur Beantwortung der Fragen, die Antwort wird dann pünktlich durch den Fraktionsvorsitzenden Stoch verschickt.*
- *CDU reagiert nicht auf die Anfrage!*

1. Welche Aufgaben und Funktionen Zentraler Studienberatungsstellen an Hochschulen sind für Sie die wichtigsten?

Bündnis 90 / Die Grünen: Für uns Grüne steht Studienberatung am Beginn eines erfolgreichen Studiums. Studieninteressierte wählen heutzutage aus einem ausdifferenzierteren Fächer- und Studiengangangebot. Gleichzeitig sind ihre Studienvoraussetzungen heterogen. Und auch nach der Wahl für einen Studiengang stehen weitere Entscheidungen für die Ausgestaltung des eigenen Studiums an. Qualitativ gute Beratungsangebote unterstützen die Studierenden hierbei: Vor und während des Studiums.

Aus unserer Sicht wirken Studienberatungsstellen hierbei zusätzlich auf sozial-gerechte Studienbedingungen hin, denn die Beratung hilft u.a. Studieninteressierten und Studierenden, die aus Familien ohne akademischem Hintergrund kommen. Neuerdings kommt Studienberatungsstellen nicht nur eine Informationsaufgabe für Studierende zu. Sie werden im Wettbewerb um Studierende zu einem entscheidenden Standortvorteil für die Hochschulen.

Treten während des Studiums Schwierigkeiten wie Stress, zu großer Leistungsdruck, Lernschwierigkeiten oder anderweitige Probleme auf, sind die Studienberatungen wichtige Anlaufstellen.

FDP / DVP: Der studentische Alltag ist heute von großen Herausforderungen geprägt, etwa hinsichtlich der Mobilität, die von den Studierenden erwartet wird, aber auch hinsichtlich der dynamischen Weiterentwicklung von Studiengängen und einem sich wandelnden Arbeitsmarkt, der nicht jeden Absolventen mit offenen Armen empfängt. Denn gerade die Corona-Pandemie wie auch die Transformation der Automobilindustrie sorgen derzeit bei den Unternehmen für Sorgen und Zurückhaltung. Die Zentralen Studienberatungsstellen nehmen eine Schlüsselrolle ein, wenn es darum geht, die Studierenden vom Einstieg in das Studium bis zum erfolgreichen Abschluss beratend zu begleiten. Gute Beratung kann Irrwege in der Vita verhindern und hilft Hochschulzugangsberechtigten, Studierenden und Absolventen dabei, ihre individuellen Potentiale ideal zu nutzen.

SPD: Zwei Funktionen der Studienberatung stehen für die SPD-Landtagsfraktion im Fokus. Erstens die Unterstützung für die Studierenden bei der steten Überprüfung der Passung zwischen der persönlichen Vorstellung von einem Studium und der Realität des Studiums sowie zweitens eine realistische und an die Studentin/ den Studenten angepasste Beratung über die beruflichen und persönlichen Perspektiven, die das gewählte Studium eröffnet. Wichtigstes Ziel der Studienberatung muss die Senkung der StudienabbrecherInnenquote sein ohne sich verpflichtet zu fühlen, Studierende mit aller Gewalt in einem Studiengang halten zu müssen. Deswegen beginnt die Studienberatung idealerweise bereits im Vorfeld der Studienaufnahme. Die gefundene Passung zwischen Studierende(r/m) und gewähltem Studium muss während des Studiums mit Hilfe der Fachstudienberatung immer wieder überprüfbar sein. Falls diese Passung irgendwann nicht mehr gegeben ist, muss die Studienberatung Alternativen innerhalb und außerhalb des Hochschulsystems aufzeigen können.

2. Wo sehen Sie aktuell die drängendsten Probleme der Studienberatungsstellen?

Bündnis 90 / Die Grünen: Das drängendste Problem sehen wir darin, dass das Angebot der Beratungsstellen nicht ausreichend bekannt ist. In Anbetracht der vielfältigen Studienangebote sowie der unterschiedlichen Möglichkeiten, sich den eigenen Studienverlauf zu gestalten, wäre für viele Studieninteressierte und Studierende eine Beratung hilfreich.

FDP / DVP: Die steigende Zahl der Studienanfänger der vergangenen Jahre wurde begleitet von einer wachsenden Zahl an Studienabbrechern, die die Hochschulen nach einigen Semestern wieder verlassen. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken hat die Landesregierung den „Fonds Erfolgreich Studieren in Baden-Württemberg“ (FESSt-BW) für die Jahre 2016 bis 2020 ausgebracht. Es soll gezielt der Studienerfolg verbessert und die Zahl der Studienabbrüche verringert werden. Diese Projektmittel allerdings sind nur eine kurzfristige bzw. kurzschrittige Lösung für die Herausforderungen einer immer heterogeneren Studierendenschaft. Denn idealerweise sollte durch unbefristete Personalstellen eine hohe Beratungsqualität sichergestellt werden, die es mit den Mitteln des genannten Programmes aber nicht gibt. Es bleibt also in der Verantwortung der jeweiligen Hochschule, dem Thema Studienberatung die gebotene Aufmerksamkeit und Personalausstattung zu bieten.

SPD: Studienberatung ist oft leider immer noch ein Stiefkind innerhalb der akademischen Verwaltung, hervorgegangen aus dem Personal wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und stark geprägt von fachspezifischen Perspektiven, denen aber oft die Vernetzung zu benachbarten Disziplinen oder Anschlussmöglichkeiten außerhalb der eigenen Disziplin fehlt. Obwohl die Beraterinnen und Berater hervorragende Arbeit leisten, müssen ihnen Weiterqualifizierungsmöglichkeiten gegeben werden, die über den Tellerrand des Akademischen hinausreichen.

3. Die baden-württembergischen Studienberatungsstellen haben zur Absicherung ihres Status eine Initiative "Studienberatungsstellen gehören ins Hochschulgesetz" gestartet.

Näheres dazu finden Sie unter <https://www.bs-bawue.de/aktuelles/> .

Wie stehen Sie zu dieser Initiative?

Bündnis 90 / Die Grünen: Wir halten es für sinnvoll, dass die Hochschulen selbst entscheiden, wie sie ihre Beratung organisieren. So können wir am ehesten der Vielfalt unserer Hochschulen in Baden-Württemberg sowie den unterschiedlichen Anforderungen vor Ort gerecht werden.

FDP / DVP: Die meisten Bundesländer haben Regelungen zu Studienberatung in ihrem Hochschulrecht verankert. Mit dieser Festschreibung geht nicht nur die konkrete Ausgestaltung der Beratungsangebote einher, sondern auch die Anerkennung als wichtiger Grundpfeiler für erfolgreiche Studienverläufe. Niederschwellige Beratungsangebote vor Ort sind für viele Studierende eine passgenaue Hilfe bei drängenden Fragen zur eigenen Zukunft. In Baden-Württemberg gibt es derzeit keine Festschreibung im LHG und auch die anstehende Novelle berücksichtigt diesen Aspekt nicht. Im Gegenteil gibt es vielmehr Entwicklungen, etwa in der Denkschrift des Rechnungshofs 2018, die den Studierendenwerke erhebliche Einsparpotentiale darlegte. Als Schlüssel für Einsparungen sollen demnach Synergien in der Beratung genutzt werden, die aber mit einer Zusammenführung ohne die klassischen Beratungsangebote vor Ort einhergehen würde. Diese Spar-Logik könnte auch zum Gift für Hochschulangebote werden, die nicht explizit im Hochschulrecht festgeschrieben sind. Daher stehen wir der Initiative grundsätzlich positiv gegenüber.

SPD: Eine Initiative, die eine höhere Aufmerksamkeit auf die wichtige Arbeit der Beraterinnen und Berater legt, ist nur zu begrüßen. Deswegen ist es wichtig, dass der Berufsverband für Studien- und Laufbahnberatung, Orientierung und Information an Hochschulen in BW e.V. mit der Initiative hierzu eine Diskussion angestoßen hat. Ein hohes Gut im Hochschulbereich ist dessen Freiheit und damit auch die Freiheit der Hochschulen, für sich ideale Lösungen zu finden und umsetzen zu können. Festschreibungen im Hochschulgesetz stehen deswegen immer unter dem Vorbehalt, diese Freiheit einzuschränken und müssen ausgiebig betrachtet und diskutiert werden. Vor allem im Abgleich mit den Möglichkeiten an den einzelnen Hochschulstandorten und den dort gegebenen Vernetzungsmöglichkeiten mit außerhochschulischen Partnern muss geprüft werden, ob eine zentrale Festschreibung im Hochschulgesetz zielführend ist.

4. Falls Ihre Partei an der künftigen Landesregierung beteiligt sein sollte: Welche Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung können die Studienberatungsstellen der Hochschulen in der kommenden Legislaturperiode von ihr erwarten?

Bündnis 90 / Die Grünen: Uns Grünen ist ein breites Leistungs- und Beratungsangebot vor Ort wichtig. Dazu setzen wir auf ein verzahntes und qualitativ hochwertiges Gesamtangebot der jeweiligen Hochschule, der Studierendenschaft und des Studierendenwerkes. Gemeinsam mit den Akteur*innen vor Ort entwickeln wir die entsprechenden innovativen Angebote stetig weiter.

FDP / DVP: Wir werden die Hochschulen darin unterstützen, das Studienangebot an die gewandelten Anforderungen des 21. Jahrhunderts anzupassen und die verlässliche Hochschulfinanzierung über fünfjährige Hochschulpakete fortsetzen. Dabei werden wir darauf achten, dass alle Hochschularten bedarfsgerecht finanziert werden und auch die finanziellen Mehrbelastungen durch die zusätzlichen Aufgabenzuweisungen der letzten Jahre monetär ausgeglichen werden. Damit entstehen auch die finanziellen Spielräume, um bisher aus befristeten Projektmitteln finanzierte Stellen zu entfristen. Damit einher geht ein Zuwachs an Planungssicherheit und beständiger Qualität für die hochschulischen Aufgabenbereich jenseits reiner Forschung und Lehre, nicht nur für die Studienberatungsstellen, sondern beispielsweise auch für den Ausbau des Weiterbildungsangebotes und der digitalen Studiengänge der Hochschulen.

SPD: Die SPD-Landtagsfraktion setzt sich stark für bessere Arbeitsbedingungen an den Hochschulen ein. Hierzu zählt für uns unter anderem die Erhöhung der unbefristeten Arbeitsverhältnisse im wissenschaftlichen und nicht-wissenschaftlichen Bereich nach dem Grundsatz „Dauerstelle für Daueraufgabe“. Hierdurch kann auch den Studienberaterinnen und -beratern eine langfristige Perspektive gegeben werden, um diese wichtige Arbeit weiter zu professionalisieren.